

Gemeinsame Positionen von Bayerischen Philologenverband, Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien in Bayern und Bayerischer Direktorenvereinigung

In mehreren gemeinsamen Gesprächen der Leitungsgremien haben sich folgende Positionen herauskristallisiert.

Bayerischer Philologenverband, Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien in Bayern und Bayerische Direktorenvereinigung begrüßen eine Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums, die neben pädagogischen und didaktischen Akzenten auch darauf setzt, dass für das Gymnasium grundsätzlich geeignete Schülerinnen und Schüler neben individuellen Fördermaßnahmen auch ein Jahr mehr Zeit auf dem Weg zum Abitur in Anspruch nehmen können.

Auch die aufgeführten Beispiele für mehr eigenverantwortliches Lernen, vielfältige Unterrichtsmethoden, Ganztag nach Bedarf sowie Alternativen bei der Gestaltung des Stundenplans sind nahezu alle schon Teil der in der gymnasialen Schulordnung aufgeführten „Modus“-Maßnahmen, die mit Zustimmung der hier vertretenen Eltern- und Lehrerverbände entstanden sind. Bereits jetzt sind sie an vielen Gymnasien Bestandteil guter Alltagspraxis. Ihre Umsetzung erfolgte auf der Basis pädagogischer Überlegungen durch die Lehrerkonferenz vor Ort. Das bisherige Prinzip „überzeugen statt anordnen“ muss auch künftig der Weg für die weitere Entwicklung sein.

Die in Kloster Banz formulierten Eckpunkte führen nicht zu dem erwarteten Ende der Diskussionen um das Bayerische Gymnasium und stellen in wesentlichen Teilen keine befriedigenden und befriedenden Lösungsansätze dar.

Folgende Forderungen sind für die beteiligten Unterzeichner besonders wichtig:

- Der Wunsch nach Ruhe und Konzentration auf die eigentlich wichtigen Aufgaben des Lehrens und Lernens bei allen Beteiligten lässt sich durch die in Banz gewählten Vorgaben nur schwer umsetzen.
- Als konsequente Ausweitung der individuellen Lernzeit sollte die Entscheidung, ein Jahr zusätzlich in die Mittelstufe zu legen, im Ermessen der Eltern liegen, basierend auf der Empfehlung der Lehrer des Schülers, was aber nicht heißt, dass sich das Angebot vor Ort an den unterschiedlichen Wünschen der Eltern orientieren muss! Nur so lässt sich dauerhaft die zu erwartende Ausgrenzung der Schüler aus der erweiterten Mittelstufe vermeiden. Eine gesonderte Entscheidung der einzelnen Schule, ein zusätzliches Jahr anzubieten oder nicht, halten wir nicht für zielführend.
- Der prüfungsfreie mittlere Bildungsabschluss am Gymnasium muss spätestens nach der Jahrgangsstufe 10 erreicht werden. Jegliche Überlegungen, die ausgerechnet an dieser Schulart reguläre Wege vorsehen, die formal erst nach der Jahrgangsstufe 11 den mittleren Bildungsabschluss vorsehen, sind gegenüber Mittel- und Realschülern diskriminierend und für uns nicht akzeptabel!
- Die vorgesehene zweijährige Pilotphase wird begrüßt, wenngleich nicht übersehen werden darf, dass durch die Auswahl der Gymnasien in ländlichen Gebieten die Gefahr einer Präjudizierung künftiger Schulstandorte besteht.
- Hier ist es von besonderer Bedeutung auf die unterschiedlichen Notwendigkeiten, die sich aus lokalen Gegebenheiten ergeben, zeitnah reagieren zu können. Nur wenn die benötigten Mittel ausreichend sind, kann die Ausweitung der individuellen Lernzeit für die Schüler auch wirklich überall funktionieren.

Wie den Abgeordneten der Regierungsfraktion und den Mitgliedern der bayerischen Regierung liegt auch uns sehr viel an einer qualitätsvollen Weiterentwicklung des

bayerischen Gymnasiums und insbesondere dem Erhalt der Qualität des Abiturs, das dort erworben werden kann. Ein besonderes Anliegen ist uns, dass künftig wieder stärker die besonderen Begabungen und Stärken der einzelnen Schülerinnen und Schüler zum Tragen kommen können. Besonders in der Qualifikationsphase ist dafür wenig Raum. Gerade dort ist es aber wichtig, den Schülern die Option zu geben, sich an ihren Begabungen orientiert zu profilieren. Hier wäre zum Beispiel eine engere Anbindung des W-Seminars an ein Leitfach denkbar.

Besonders kritisch sehen wir, dass ein Angebot eines solchen Bildungsgangs von Mehrheiten in Gremien der Eltern, Schüler und des Sachaufwandsträgers abhängig gemacht werden soll. Die Regelung, Standorte von Schulen aller Schularten und auch die „Zweigbildung“ bei Gymnasien am zuständigen Ministerium festzulegen und klare Regeln dafür zu formulieren, muss analog auch in diesem Zusammenhang gelten. Groß wäre sonst die Gefahr, dass künftig für andere Schulformen ein vergleichbares Vorgehen eingefordert und nur schwer abzuwehren sein würde. Pädagogische Entscheidungen sind sinnvoll nur vor Ort zu treffen, verwaltungstechnische Vorgaben sind vor allem aus Gründen der Gleichbehandlung zentral vorzugeben, beispielsweise an eine Mindestzahl zu koppeln.

Diese knappe Darstellung soll verdeutlichen, in welchen Kernbereichen der Eckpunkte des in Kloster Banz beschlossenen Papiers zur Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums Übereinstimmung zwischen dem Bayerischen Philologenverband, der Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien in Bayern und der Bayerischen Direktorenvereinigung besteht und welche Modifikationen von allen als notwendig erachtet werden. Natürlich kann dies keine abschließende Aufzählung sein, aber diese Erläuterung von Positionen kann und soll Grundlage weiterer Gespräche sein, zu denen alle Unterzeichner gerne bereit sind.